

rend, Ihre Gesichter zu beobachten. Man merkte es, daß Sie nicht bloß zuhören, sondern zum Teil sind die Wahrnehmungen, die geäußert worden sind, auf Ihren Gesichtern gewesen. Auch wenn so einzelne Vokabeln wiedergekommen sind, war es prachtvoll, in Ihre Gesichter sehen zu können. Wollte ich Ihnen bloß mal so sagen. Ansonsten liegen wir für unsere Verhältnisse gut im Rennen. Da wir außerdem Professor Faulenbach als Moderator für das letzte Drittel haben, bin ich guten Mutes, daß wir, obwohl wir 20 Minuten später in unsere nächste Runde reingehen, dennoch unser Klassenziel erreichen werden. Also meine Hoffnung ist, 16.10 Uhr hier pünktlich wieder zu beginnen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren. Wir kommen zum Schlußteil unserer heutigen Anhörung. Wir haben uns in den vergangenen Stunden mit der Vergangenheit auseinandergesetzt. Wir müssen nun die Gegenwart stärker in den Blick nehmen. Wir wollen vor allem versuchen, im Hinblick auf die „Therapie“ einige Vorstellungen zu entwickeln. Bevor wir aber zu Vorschlägen für die „Therapie“ kommen, müssen wir noch einmal versuchen, einiges an empirischem Material in die Diskussion einzuführen.

Ich darf Ihnen deshalb die beiden Referenten vorstellen, die jetzt zunächst ein knappes Referat halten werden. Da ist einmal Professor Dr. Hans-Dieter Klingemann. Er ist Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und Direktor am Wissenschaftszentrum in Berlin für Sozialforschung. Er hat zahlreiche Publikationen veröffentlicht, forscht gegenwärtig auf dem Gebiet des Wandels und der Konsolidierung demokratischer Systeme und führt vor allem eine breit angelegte Studie über Werte und Wertewandel in Mittel- und Osteuropa durch. Zum anderen wird referieren Herr Professor Dr. Richard Münchmeier. Er ist Professor für Sozialpädagogik an der Freien Universität Berlin. Er ist jüngst in der Öffentlichkeit besonders hervorgetreten als Leiter der 12. Shell-Jugendstudie „Zukunftsperspektiven – gesellschaftliches Engagement – politische Orientierungen“. Ich darf Sie bitten, in der hier nötigen Knappheit Ihre Ergebnisse über die Befindlichkeiten und politischen Orientierungen im heutigen Deutschland vorzutragen. Ich weiß, daß die Kürze der Zeit eine Zumutung ist, ich muß Sie trotzdem bitten, sich an den Zeitrahmen zu halten. Bitte sehr, zunächst Herr Professor Dr. Klingemann.

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann: Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe mich über die Einladung gefreut, zumal die Breite des Themas, das mir gestellt wurde, „politische Orientierung“, einen Interpretationsspielraum läßt, der sozusagen mir auch gestattet, mich über etwas zu äußern, das mir gegenwärtig in meinen Forschungen tatsächlich am Herzen liegt. Und die fünfzehn Minuten verbieten ohnehin, daß Ihnen hier sozusagen ein Überblicksartikel abgeliefert wird. Zum zweiten will ich versuchen, Sie so wenig wie möglich mit Zahlen und abstützenden zusätzlichen Entschuldigungen, daß das eine oder das andere ja auch nicht zutreffen möge, zu behelligen. Ich werde die Gelegenheit nutzen, um etwas zuzuspitzen, um Ihnen in der Diskussion, wenn Sie dazu Fragen haben, dann auch im Detail zu antworten.

Vorhin hat es hier geheißt, die Grundmuster bleiben lebendig. Dies ist in einem weiteren Sinne auch die Frage, die ich hier stellen möchte. Ich möchte fragen, warum die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, im Mai 1997 – das ist die Umfrage, auf die ich mich stützen werde – einen historischen Tiefpunkt erreicht hat. Nur knapp die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, genau 49 %, kam hier zu einem positiven Urteil. Vor sechs Jahren, kurz nach der Wiedervereinigung, waren noch mehr als zwei Drittel mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden. In der alten Bundesrepublik lag dieser Anteil immer knapp an der 80 %-Grenze. Die Bürger, die in den neuen Bundesländern leben, und die Bürger, die in den alten Bundesländern leben, schätzen die Situation deutlich unterschiedlich ein. Während in den alten Bundesländern die Bürger noch zu etwas mehr als der Hälfte, nämlich 53 %, glauben, daß die Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, sehr gut oder zufriedenstellend ist, sind es in den neuen Bundesländern nur etwas knapp mehr als ein Drittel, 35 %, die dieses meinen. Das heißt umgekehrt, daß etwa zwei Drittel der Bürger und Bürgerinnen in den neuen Bundesländern mit der Art und Weise, wie unsere Demokratie funktioniert, nicht zufrieden sind. Ich meine, dieser Befund ist bedeutsam, weil er darauf schließen läßt, daß die Bürger die demokratischen Institutionen in unserem Lande, wenn das so weitergeht, nicht mehr in der gleichen Weise unterstützen werden, wie das früher als selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Woran liegt das? Welche Folgen hat das?

Es gibt eine Reihe von Erklärungsversuchen, warum die Bürger in den neuen Bundesländern die Demokratie und das Funktionieren der Demokratie schlechter einschätzen als die in Westdeutschland. Es wird zumeist damit erklärt, daß sie sozusagen den demokratischen Sozialismus auch internalisiert haben, das heißt, daß sie von einem Grundmuster der Beurteilung ausgehen, das eben in der DDR so realisiert wurde. So lauten die prägnanten Formulierungen: „Vereint und doch verschieden“, oder „Spaltung der Deutschen“, oder es ist die Rede von den zwei politischen Gemeinschaften in Deutschland, hier auf ein kulturelles Interpretationsmuster gestützt. Ich werde dazu kurz noch etwas erklären. Es spricht einiges dafür, daß sich die Wertmuster der Bürger in den alten und in den neuen Bundesländern unterscheiden. Zum Beispiel, wenn man danach fragt, welches Gewicht denn Freiheit oder Gleichheit haben soll, dann sind die Bürger in den neuen Bundesländern sehr viel stärker der Meinung, daß Gleichheit und nicht Freiheit an erster Stelle zu stehen habe. Und wenn Sie etwa fragen, und das ist ja durch die „Frankfurter Allgemeine“ und unsere Kollegin Noelle-Neumann in die öffentliche Meinung eingedrungen, ob der Sozialismus eine gute Idee war, die nur schlecht ausgeführt wurde, dann finden Sie auch, daß in den neuen Bundesländern mehr als drei Viertel der Bevölkerung dieser Meinung sind, aber es sind auch in der alten Bundesrepublik über 60 %, die das meinen. Also, es spricht durchaus etwas dafür, daß die Bürger in den neuen Bundesländern sich in ihrem Demokratie-Verständnis von denen in den alten Bundesländern unterscheiden.

Wir haben in der Umfrage, die ich angesprochen habe, folgendes angesehen. Wir haben die Verfassung der DDR von 1974 hergenommen, das Grundgesetz hergenommen und haben dann Rechtsstaat, die liberalen Freiheitsrechte, die demokratischen Grundinstitutionen und die sozialen Rechte, die dort kodifiziert sind, thematisiert und gefragt: Gehört das denn zur Demokratie dazu? Dann haben wir gefragt, bis zu welchem Maße diese Zielvorstellungen in der Politik der Bundesrepublik heute realisiert sind. Die Ergebnisse sind für mich faszinierend; ich will sie hier ganz kurz festhalten. Numero eins, das Demokratieverständnis der Ost- und Westdeutschen unterscheidet sich nur in Nuancen. Man sollte meinen, und das ist auch der Fall, daß die sozialen Rechte von den Bürgern in der ehemaligen DDR stärker betont werden, das hatte ja schließlich auch Verfassungsrang, während es im Grundgesetz so nicht zu finden ist. Aber die Unterschiede liegen nur bei fünf Prozentpunkten und nicht mehr. Was die Elemente der Demokratie betrifft, kann man eigentlich nicht von einem großen Unterschied zwischen den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer sprechen. Zum zweiten, wenn Sie sich ansehen, wie die Bürger meinen, daß diese Elemente, diese zentralen demokratischen Normen bei uns realisiert sind, dann kann einem, je nach dem Fell, das er sich zugelegt hat, auch durchaus angst und bange werden. Ich hatte ja versprochen, keine Zahlen vorzulegen. Aber wenn die Bürger in den neuen Bundesländern zu 61 % der Meinung sind, daß die Gleichheit vor dem Gesetz zu wünschen übrig lasse, dann ist das etwas, was mich nachdenklich stimmt. Und wenn ich mir ansehe, daß 60 % der Bürger in den neuen Bundesländern meinen, daß die freie Berufswahl nicht gewährleistet ist oder daß in Bezug auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit nur 57 % meinen, daß sie realisiert sei, dann muß man sagen, hier ist ein Befund, der zumindest diskussionswürdig ist. Nebenbei, wenn Sie fragen, ein Parlament, das die Interessen der Bürger vertritt, ein Parlament gehört zur Demokratie, das meinen die meisten, aber nur 31 % in Gesamtdeutschland sind der Meinung, daß wir das tatsächlich haben, und der Prozentsatz liegt in den neuen Bundesländern bei 24 %.

Ich fasse zusammen und sage, das Demokratieverständnis der Bürger in den alten und den neuen Bundesländern ist weitestgehend ähnlich. Die Urteile darüber, wie diese demokratischen Normen jeweils realisiert sind, sind in Teilen sehr bedenklich, und das gilt vor allem für das Urteil der Bürger in den neuen Bundesländern. Nun sind das Demokratieverständnis und die Werte eine Möglichkeit, zu erklären, warum die Bürger denn so unzufrieden sind mit dem Funktionieren der Demokratie. Der gängige Erklärungsansatz ist, wie hieß das vorhin so schön, die Grundmuster bleiben lebendig: Der demokratische Sozialismus ist in den Köpfen, und weil die Bundesrepublik Deutschland eher das liberale Demokratiemodell und eben nicht das des demokratischen Sozialismus realisiert hat, deshalb sind die Bürger in den neuen Bundesländern unzufrieden. Eigentlich eine eingängige These, Noelle-Neumann sagt das ja auch immer wieder und belegt sie mit Daten.

Es gibt allerdings auch eine andere Möglichkeit, die Unzufriedenheit in Deutschland insgesamt und in den neuen und in den alten Bundesländern zu

erklären. Diese alternative Erklärung könnte schlicht in einer Leistungsbeurteilung der Politik und dem Erscheinungsbild von Politik in der Bundesrepublik liegen, also in der Wahrnehmung etwa einer andauernden Leistungsschwäche der Politik und in der Wahrnehmung mangelnder Integrität so mancher Politiker. Wir haben diese Alternative versucht empirisch zu überprüfen. Wir haben gefragt nach der Zufriedenheit der Bürger mit den Leistungen der Bundesregierung, wir haben gefragt nach der Vermutung, inwieweit Inhaber öffentlicher Ämter etwa der Bestechung oder der Korruption zugänglich sind. Das möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten. Das ist etwas, was doch auch zu denken gibt. Daß fast keiner oder nur einige Inhaber eines öffentlichen Amtes an Bestechung und Korruption beteiligt seien, das meinen nur 47 %. Das heißt, 53 %, und zwar in den alten, in den neuen Ländern und in Gesamtdeutschland, sind der Meinung, daß die Integrität nicht vollständig gegeben ist. Zum zweiten, die wirtschaftliche Lage wird katastrophal beurteilt, und da unterscheiden sich wiederum die Bürger der alten und der neuen Bundesländer überhaupt nicht. Wenn Sie, wie gesagt, die Einschätzung der Leistungen der Bundesregierung betrachten, dann sind in der Republik 21 % zufrieden, und zwar unisono, egal, ob sie nun vielleicht den demokratischen Sozialismus im Kopfe haben oder eben nicht, 21 % in den alten und in den neuen Bundesländern und in der Bundesrepublik insgesamt. Preisfrage ist natürlich, ich schenke mir hier wieder die Feinheiten und die technischen und methodischen Anmerkungen: Was ist es denn nun, ist es die Ideologie, oder ist es die Leistungsbeurteilung, die zu diesem Mißvergnügen an der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland im Augenblick funktioniert, geführt hat?

Das Resultat ist relativ eindeutig. Es ist nicht die Ideologie, es ist die Leistungsbeurteilung. Wir haben eine Analyse durchgeführt, die das ziemlich eindeutig belegt. Am Ausgangspunkt stand eine Frage: Warum sind die Deutschen mit der Art und Weise, wie die Demokratie heute in der Bundesrepublik funktioniert, nicht zufrieden? Woran könnte das liegen? Diese Frage findet eine eindeutige Antwort. Es liegt nicht daran, daß die Bürger in den neuen Bundesländern etwa nostalgisch ihrem demokratischen Sozialismus nachtrauern, sondern es liegt daran, daß sie wie die Westdeutschen ein Leistungsdefizit und ein Defizit im Erscheinungsbild der deutschen Politik wahrnehmen. Ich bedanke mich.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Klingemann. Es folgt sofort Herr Münchmeier. Bitte sehr.

Prof. Dr. Richard Münchmeier: Sehr geehrter Herr Vorsitzende, meine Damen und Herren. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einige wenige Befunde aus der neuesten Shell-Studie vorzustellen. Dies hat den Vorteil, daß die Daten relativ frisch sind, ungewöhnlich frisch für übliche Verhältnisse, sie sind erhoben worden Ende November, Anfang Dezember im letzten Jahr. Erlauben Sie also einen relativ aktuellen Blick auf die Situation junger Menschen im vereinten Deutschland und die Einstellungen und Orientierungsmuster in Ost und West. Die Daten, die ich Ihnen vorstellen möchte, basieren auf einer repräsen-